

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Druckerei: Langgasse 21, ohne Bringerlohn. — Wochensatzungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich; die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger und die Post.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 684-82.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7455.

Wochensatzungen für beide Ausgaben: Mt. 2.— monatlich, Mt. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. — Wochensatzungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich; die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger und die Post.

Wochensatzungen für die Zelle: Mt. 1.— für örtliche Anzeigen; Mt. 1.50 für auswärtige Anzeigen; Mt. 4.50 für auswärtige Kleinanzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme anderer Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Wochensatzungen für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Sanderstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Dienstag, 16. März 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 127. + 68. Jahrgang.

Eine Lösung der Krise?

Gemeinsame Verhandlungen der beiden Regierungen.

Mz. Berlin, 15. März. (Drahtbericht.) Die Reichsregierung (?) gibt bekannt: Mit der früheren Regierung Ebert-Rose ist auf ihren Wunsch in Verhandlungen getreten worden. Es wird ein Kabinett auf allgemeiner Grundlage und aus Fachministern gebildet unter Hinzuziehung der Fachminister der alten Regierung. Es finden binnen zweier Monate Neuwahlen zum Reichstag und der preussischen Landesversammlung statt. Im Anschluß hieran findet auch die Neuwahl des Reichspräsidenten durch das Volk statt. Der bisherige Präsident wird gebeten, bis zur erfolgten Wahl die Präsidentschaft zu bekleiden. Im Reich wird durch Ausbau des Reichswirtschaftsrates und der Betriebsräte eine zweite Kammer der Arbeit gebildet werden. Die neue und alte Regierung erlassen gemeinsam eine Erklärung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Generalstreik ein Verbrechen am deutschen Volke ist. Bis zur Entscheidung über diese Vorschläge hat der Reichskanzler von der Bildung eines neuen Ministeriums abgesehen und die diensttätigen Unterstaatssekretäre mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

Nach dieser Meldung hat es also den Anschein, als ob sich eine Entzweiung der Lage vorbereite und der unhaltbare Zustand des Nebeneinanderbestehens von zwei Regierungen seinem Ende zueilt. Bei Beurteilung der Sachlage muß berücksichtigt werden, daß die alte Regierung als verfassungsmäßige Vertretung des Staates noch besteht, daß ihre Macht sich aber nur auf das Vertrauen des Reichstages außerhalb Berlins stützt, während die Regierung Kapp die Zentralstelle des ganzen Staatsmechanismus besetzt hält und damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf ihre nähere Umgebung ausübt. Berlin scheint außerdem völlig abgeschnitten, so daß die dort wohnenden Politiker und Parlamentarier sich wahrscheinlich in ziemlicher Unkenntnis über die Entwicklung der Berliner Vorgänge auf das Reich befinden, zum mindesten aber sehr einseitig orientiert werden.

Nur unter Würdigung dieser Sachlage sind einige weitere und spekulativere künftige Meldungen anderer Berliner Vertreter zu revidieren in denen von einem Rücktritt der preussischen Staatsregierung, dem Zusammenbruch der Koalition und einer Schwächung der Berliner Demokraten berichtet wird. Es läßt sich von hier aus nicht erwarten, daß sich in welchem Umfang diese Nachrichten, die im letzten Widerspruch zu dem stehen würden, die in sich nur widersprüchlichen demokratischen Kreisen die gegenwärtige Situation und die politische Konstellation aufschluß geben werden.

Festzuhalten dürfte indessen sein, daß sich innerhalb der sozialistischen Kreise Einigungsbemühungen zeigen, die bei der gegenwärtigen Lage erhebliche Aussichten auf Erfolg haben dürften. Wie überhaupt das sozialdemokratische Element bei der Suche nach Berliner Umständen im Vordergrund den Gesichtspunkt steht, nämlich sich das Zentrum nach der Haltung von Kapp und Freise zu richten, um den Anschluß nach beiden Seiten nicht zu verpassen. Es wird zunächst abzuwarten sein, in welchem Umfang die vorstehende Meldung zutrifft und ob sie im Einverständnis mit der alten Regierung veröffentlicht werden ist.

Eine weitere Rundgebung des Oberpräsidenten Dr. Schwander.

Die Reichsregierung ist, um in Berlin Blutvergießen zu vermeiden, nach Dresden gegangen, wo sie sich im Schutze treu ergebener Truppen des Generals Warke befindet. Sie ist noch wie vor die allein rechtmäßige Regierung. Die Nationalversammlung ist von ihrem Präsidenten Lehndorff auf Mittwoch nach Stuttgart einberufen. Die württembergische Regierung übernimmt die volle Verantwortung für eine sichere Tagung der Nationalversammlung und hat von ihren Generalen und Truppen die Beschießung ihrer Hilfe entgegengenommen. Alle Landesregierungen außer der in Berlin überrumpelten preussischen Regierung haben sich hinter die Reichsregierung gestellt und sie ihrer Treue versichert. In der schwersten Zeit, die über Deutschland hereinzubrechen droht, die uns zwingt, das Äußerste zu tun, um der Valuta- und Nahrungsfürsorge Herr zu werden, wären

Bestimmung und Überlegung nicht stark genug, um in Berlin einen Staatsstreich zu verhindern, der bei der innen- und außerpolitischen Lage, in der wir uns befinden, eine ungeheure Gefahr für Reich und Volk ist. Es ist für uns alle, so verschieden wir in unserer staatspolitischen Meinung auch sein mögen, Pflicht, diesem verderblichen Unternehmen entgegenzutreten und uns einmütig hinter die verfassungsmäßig eingesezte Regierung zu stellen. Hinter den Füssen in Berlin steht kein einziger Politiker oder Staatsmann. Graf v. Posadowsky hat ausdrücklich die Teilnahme abgelehnt. Der Abgeordnete, Staatsminister a. D. Feinke hat sich in Dresden der Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Die Behörden werden die Ordnung innerhalb der Provinz unter allen Umständen sichern. An die Bevölkerung richte ich die Bitte, volle Ruhe zu wahren, unser Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten und die Behörden zu unterstützen. Anordnungen der Reichsregierung sind nicht zu befolgen. Ihre Maßnahmen, Zahlungsanweisungen und dergleichen sind unzulässig und unerrundlich. Um Währungsfragen entgegenzutreten, habe ich noch besonders hervor, daß der militärische Inhaber der vollziehenden Gewalt auf dem Boden der Reichsverfassung und hinter der verfassungsmäßigen Reichsregierung steht.

Kassel, den 14. März 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Dr. Schwander.

Die Lage in Berlin.

Generalstreik! — Berlin ist noch ruhig. Br. Berlin, 15. März. (Eig. Drahtbericht.) In Berlin ist heute der Streik allgemein geworden. Außerlich drückt er sich durch das Fehlen jeder Verkehrs- und Straßenbahn und Hochbahn fahren nicht und wie an früheren Streiktagen müssen wieder wilde Fahrwerke den Verkehr zu bewältigen versuchen. Die Fabriken stehen fast alle still. Die Vorortbahnen fahren nicht. Die niederen Postbeamten sind nicht zur Arbeit erschienen. Viele Geschäfte haben geschlossen und selbst die Wasserwerksarbeiter beteiligen sich am Streik, ebenso die Elektricitätsarbeiter und die Arbeiter der Gaswerke. Soweit es möglich ist, werden diese lebenswichtigen Betriebe durch die technische Nothilfe aufrechterhalten. Zu Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen. Die Truppen der Regierung beherrschen Berlin vollständig. Auf allen wichtigen Plätzen sind starke Posten aufgestellt und die Wilhelmstraße ist dem Verkehr ganz entzogen. Das Militär verhält sich zurückhaltend.

Rücktritt der preussischen Regierung?

Br. Berlin, 15. März. (Eig. Drahtbericht.) Am Samstag erschien das preussische Kabinett unter Führung des Ministerpräsidenten Dierck beim neuen Reichskanzler und drei weiteren Ministerpräsidenten Kapp, um ihm mitzuteilen, daß die preussische Regierung sich unter den veränderten Verhältnissen nicht in der Lage sehe, ihre Geschäfte weiterzuführen. Bis dahin war die alte preussische Regierung noch im Amt belassen worden. Nach Eisenbahnaminister Deter, der sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hat, sind sämtliche preussische Minister, auch der Wohlfahrtsminister Ziegert vom Zentrum, zurückgetreten.

Zusammenbruch der Koalition?

Br. Berlin, 15. März. (Eig. Drahtbericht.) Von demokratischer Seite erfährt man, daß nach der Lösung der Reichsregierung durch den Rücktritt der Reichsregierungsminister die Reaktionen der sozialdemokratischen Parteien die Deutschen sich jeder Verwicklung gegen die Reichsregierungsminister enthalten sehen. Sie sind freilich noch nicht in der Lage, sich der neuen Regierung anzuschließen, da sie ihre verfassungsmäßige Grundlage bezweifeln. Aber sie sind bereit, falls die neue Regierung die notwendigen Verfügungen erteilt, die von den Demokraten gefordert werden, mit ihr über eine Mitarbeit zu verhandeln. (1) Die demokratischen Führer hatten gestern und heute eingehende Beratungen. Die Sitzung verlief ruhig, aber so viel darf gesagt werden, daß, veranlaßt durch die Wechselschicksale, eine völlige Wandlung zur Verhandlungsbereitschaft der Demokraten mit der Regierung herbeigeführt wurde. (2) Diese Politik, welche die Beeinflussung durch die Berliner Abschlüsse erkennen läßt, geben wir mit allem Vorbehalt wieder. (Eig. Drahtbericht.)

Die Einheitsfront der Sozialisten.

Br. Berlin, 15. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem Zusammenbruch der drei linken Parteien sind diese sofort an die Arbeit gegangen und haben ihre Zentralstelle nach einer Provinzstadt verlegt. Viele Führer der Reichsregierungsminister, Unabhangigen und Kommunisten haben Berlin verlassen.

Nachrichten aus dem Reich.

Mz. Kassel, 14. März. Für morgen ist hier ein 24stündiger Generalstreik beschlossen worden.
Mz. Karlsruhe, 14. März. Der heutige Tag verlief in ganz Baden ruhig. Nichts ist den Versammlungen stattgefunden, die mit Kundgebungen gegen den Berliner Umsturz und für die bisherige Regierung endeten.
Mz. München, 14. März. Der Staatskommissar für München gibt bekannt: Am Einberufen mit dem Regierungskommissar wird der Reichsregierungsminister 1 über diejenigen Kundener Zeitungen, die zu gewaltsamen Vorhaben gegen den lauerischen Reichstag, die bayerische Regierung und die staatlichen Sicherheitsbehörden auflockern, das Verbot erlassen werden soll.
Mz. Stettin, 14. März. Die Streikbewegungen sind heute morgen für 48 Stunden in den Ausstand getreten.
Mz. Kiel, 14. März. Hier ist es zu Störungen gekommen. Die Arbeiter der Schiffswerften haben der Reichs- und Sicherheitsbehörde Widerstand geleistet. Es werden Verhaftungen an Verurteilten und Toten gemeldet.
Mz. Göttingen, 14. März. Die Lage ist absolut ruhig. Die Wirtschaftsbetriebe werden jeden Betrieb der öffentlichen Betriebe zu schließen oder lebenswichtige Betriebe Lastrücken, verbieten.

Der Generalstreik in Frankfurt a. M.

W. T. B. Frankfurt a. M., 15. März. (Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Partei Frankfurts erklärt einen Aufbruch an die Verhinderung von Frankfurt, daß in allen Betrieben mit Ausnahme der lebenswichtigen die Arbeit ruhen bleibt. Die Bergbauarbeiten bleiben geschlossen.
W. T. B. Frankfurt a. M., 15. März. (Drahtbericht.) Generalstreik morgen mit Arbeitervertretern gegenüber erklärt, daß er mit der Regierung Kapp stehe und falle.

Eine Rundgebung der hessischen Volkstammer.

W. T. B. Darmstadt, 15. März. (Drahtbericht.) Die telegraphisch einberufene Volkstammer trat heute Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in welcher nach einer Ansprache des Ministerpräsidenten Ulrich die drei Regierungsparteien eine Erklärung abgaben, in der sie ihre tiefe Empörung über den verbrecherischen Anschlag der Kapppartei in Berlin kundtun. Dieser Erklärung schlossen sich auch die rechtsstehenden Parteien an und erklärten sich gegen die Verleumdung, daß sie verantwortlich für den Anschlag seien, verurteilten aber gleichzeitig die notwendige Vornahme von Wahlen für Reich und Land. Nach dieser Erklärung ließ der Präsident mit Befriedigung über diese machtvolle Rundgebung die Sitzung.

Berliner Meldungen aus dem Reich.

Br. Berlin, 15. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach den bisher vorliegenden Meldungen aus dem Reich ist dort teilweise die Erklärung für die neue Regierung günstig, in anderen Städten wiederum hat der Generalstreik mit Nachdruck eingesetzt und die Arbeiter sind Herren der Situation. Aus Leipzig wird berichtet, daß es dort gehen zu Kämpfen zwischen Arbeitern und Reichswehrtroepen kam. Es ging das Gerücht, die Unabhängigen wollen die Patente publik machen. Bis zur Stunde ist das aber noch nicht geschehen. In der Stadt sind weiterhin die Sicherheitsmaßnahmen der Kappwehr vorzunehmen. Die Kitzler ist völlig abgelehnt. In Göttingen wird gehen noch alles ruhig und keine Einigung für den Generalstreik, heute indes ist der Streik in Erfurt bereits unterbrochen und der Streik ausgedehnt. Von Halle wird gemeldet, daß die Eisenbahnen in den nächsten Tagen streiken. In Saalfeld wird streiken. In Ansbach streiken die Arbeiter. In Göttingen streiken die Eisenbahnen und die Fabrikanten haben sich. Aus Bielefeld erhalten wir die Nachricht, daß dort die Reichswehr noch gegen die Eisenbahnen der Streik begonnen haben und die Bergarbeiter sich heute vormittag entschlossen haben, ob sie in den Streik eintraten wollen. In Kassel soll die Post im allgemeinen der neuen Regierung zuzugehen sein. In Kassel soll es zu Ausschreitungen der unabhängigen Arbeiter, Anschläge auf die Reichswehrtroepen der unabhängigen Arbeiter, die bald die Ordnung wiederherstellen. Aus Niederhessen kommen günstige Nachrichten. In Dresden berichtet das Minister die Stadt, General von Dierck hat die Führung. 20 Führer der Reichsregierungsminister, Unabhangigen und Kommunisten wurden verhaftet.

Die Lage in Sachsen.

Waltiger Generalstreik. — Verkehrsperre. — Muttige Demonstrationen. — Verhandlungen mit Berlin. — General Waltler.

Mz. Leipzig, 15. März. (Drahtbericht.) Der Generalstreik wird heute in Leipzig vollständig durchgeführt. Auch die unteren Postbeamten streiken. Die sächsische Regierung hat den Eisenbahnverkehr für ganz Sachsen gesperrt, so daß weder Personen- noch Güterverkehr möglich ist. Man will mit dieser Maßnahme vor allen Dingen Militärtransporte verhindern. Durch die Straßen der Stadt ziehen große Menschenmengen. Bei den gestrigen Zusammenstößen mit dem Zeitfreiwilligenregiment, das jetzt durch Reichswehr ersetzt worden ist, sind bedeutend mehr Opfer zu beklagen gewesen, als zuerst angenommen worden war. Soweit bisher festgestellt ist, wurden mehr als 20 Demonstranten getötet und 55

verleht. Die Truppen hatten 2 Tote und 5 Verwundete. Gerüchtweise verlautet, daß die Gesamtzahl der Toten auf etwa 55 beziffert werden muß. Auch in Dresden herrscht der Generalstreik. General Märker hat vor seiner Abreise von Dresden nach Berlin an den Reichspräsident Ebert ein Schreiben gerichtet, in dem er mittelst, daß er nach Rücksprache mit dem Reichswehrkommando Kassel den Versuch machen werde, die Berliner Regierung zu veranlassen, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen. Er sei überzeugt, daß die Erfüllung von drei Forderungen durch die alte Regierung eine unbedingte Voraussetzung sei, nämlich: 1. Bildung einer Koalitionsregierung auf möglichst breiterer Grundlage, wenn irgend möglich unter Beteiligung von Mitgliedern der jetzigen Berliner Regierung; 2. frühzeitige Ansetzung der Reichstagswahlen; 3. Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und nicht durch den Reichstag. Es werde im nächsten 4. Wahlkreise fortan nichts geschehen, was gegen die Verfassung verstoße. Hierzu erklärte der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer in einer Ansprache mit Vertretern der Presse, das seien Forderungen, über die sich sprechen ließe, wegen denen man aber einen solchen Putsch nicht hätte zu veranstalten brauchen. Der Ministerpräsident erklärte weiter, General Märker habe von General Püttlich aus Berlin weitgehende Befehle erhalten. Er sollte die sächsische Regierung absehen und die Presse daran hindern, gegen die neue Regierung zu schreiben. Der General habe jedoch erklärt, er sei kein Politiker, seine Aufgabe sei einzig und allein, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Ministerpräsident sprach schließlich die Meinung aus, daß wir ungeheuer bitteren Kämpfen entgegengehen.

15. März. (Drohbericht) Chemnitz und die umliegenden Industriestädte befinden sich in der Nacht der Arbeiterkassette. In Chemnitz wurde das freiwillige Rekrutement entworfen. 3000 revolutionäre Arbeiter wurden bewaffnet. Post, Eisenbahn und Rathaus sind von der Arbeiterwehr besetzt. Die blutigen Kämpfe sind verheerend. Am Sonntag fand eine bewaffnete Demonstration statt. Im Bergwerkbezirk von Pöhlau-Deisnau wird der Generalstreik geschlossen durchgeführt. Am heutigen Montag soll in Chemnitz ein Volksrat gewählt werden, dem die politische und wirtschaftliche Macht im Industriebezirk übertragen werden soll.

Pressestimmen des Auslandes.

14. März. So weit die schweizerischen Zeitungen sich über zu den Berliner Ereignissen äußerten, geben sie ihren Rat nicht aus, daß die demokratischen Tendenzen schließlich doch noch den Sieg davontragen werden, um so mehr, als auch die konservativen Elemente auf der rechten Seite nicht ohne weiteres zu der neuen Putschregierung zu bekennen wissen. Die „A. P.“ teilt mit allem Nachdruck, daß jeder Versuch einer militärischen Revolution die internationale Lage des Reiches verkomplizieren würde und hofft, daß die Regierung nach Niederschlagung der Unruhen sich endlich eine zureichende Ruhe schaffen werde, mit deren Hilfe jede militärische Retentionen leichter würde.

13. März. „Allgemeines Landvolk“ schreibt zu der Umwälzung in Deutschland: Was sich während der Nacht in wenigen Stunden abgespielt hat, ist von so gewaltiger Bedeutung, nicht allein für Deutschland, sondern auch für die gesamte Welt, daß man ihre Folgen nicht übersehen kann. — „A. P.“ befürchtet einen gewissen Ausbruch der Parteileidenchaften und den Bürgerkrieg in Deutschland.

14. März. Einer der Mitarbeiter der „A. P.“ hat den General Lauffel, einen der bedauerlichsten Vertreter des Elches im Parlament, seinen Eindrücke über die Ereignisse in Berlin bekannt zu geben. Er läßt alles nicht viele Eindrücke bei mir zurück, antwortete der General. Die neue Regierung wird sicherlich nicht bleiben, denn zur gegenwärtigen Stunde läßt sich in Deutschland keine Militärdiktatur mehr aufstellen, und zwar nur aus

dem ein Grund weil das Volk den Frieden will. Selbst wenn diese gewisse Klasse wieder zur Macht gelangen würde, glaubt der General, daß keinerlei Grund zur Unruhe vorhanden ist. Eine deutsche Republik ist nicht im Auge zu fassen. Sollte ein Mitglied seiner Familie wieder ein Leben kommen oder das einer verwandten Familie, es würde uns gleich bleiben. Deutschland kann sich als Staatskapital wählen, wenn es will, wie fordern nur die Ausführung des Friedensvertrages.

15. März. Telegramme aus Amerika besagen, daß die politischen Vorgänge in Berlin in den Vereinigten Staaten große Erregung hervorgerufen haben.

Die Durchführung des Friedensvertrages.

14. März. Mit dem Bestehen der Friedenskommission ist die Forderung gestellt worden, Präsident Wilson hat mitgeteilt, daß er unter Führung aller Mächte der Weltregierung an der tatsächlichen Durchführung des Friedensvertrages weiter arbeiten werde und es erhebe, irgendwelche Weisungen der Mächte in Berlin entgegenzunehmen.

Der Völkerverbund.

14. März. Eine Bestätigung aus London zufolge erklärte Aquino in einer Rede auf einem Essen der Völkerverbundgesellschaft, die den Völkerverbund umgebende Atmosphäre erhalte beunruhigende und enttäuschende Faktoren. Aquino wird sich auf die russische und türkische Frage und das Verhalten Amerikas im Völkerverbund hin. Lord Robert Cecil sagte, der Krieg des Völkerverbundes könne vollkommen von der Unterzeichnung der Völkerverbund ab. Die Hauptfrage sei die Rüstungsbeschränkung.

Aus dem Saargebiet.

15. März. Während der Teuerungsumlauf im Oktober 1919 waren hier ein hundertfacher Teil der Bevölkerung und ein Gebot angeteilt worden. Von Marktsall nach war eine Geldwertminderung von 40000 Franken berichtet worden. Als jedoch festgestellt war, daß der Kommandeur von seinen eigenen Leuten erschaffen wurde, wurde die Kontribution auf 60000 Franken ermäßigt. Die Zahlung dieser Summe wurde jedoch von der Finanzverwaltung verweigert, da die Ursache des Todes des Soldaten nicht genügend geklärt sei.

Das Abstimmungsergebnis in Schleswig.

16. März. (Drohbericht) Bis 10 Uhr gestern Abend lagen von der zweiten Zone und etwa 90 Orten Wahlergebnisse vor. Von diesen 90 Orten entschieden 86 Preussische und 15 Preussische Mehrheit.

Kleine politische Nachrichten.

Der Völkerverbund in Mannheim und Ludwigshafen ist nach gütlicher Verständigung beigelegt, so daß die Zeitungen in n wieder erscheinen.

Ausland.

Österreich.

Ein Abrechnungsprogramm. Den Wählern zufolge wurden beim Wiener Liquidierungsausschuss große Forderungen bei der Liquidierung des sogenannten rumänischen Wirtschaftsstabes aufgestellt. Die Forderungsbeträge sollen in die Wählern gehen. Weitere Personen, die dem ehemaligen Wirtschaftsstab angehört haben, ehemalige Offiziere, Beamte und Kaufleute, wurden verhaftet. Die Untersuchung erstreckt sich auch nach München und Berlin.

Wiener Tierbestände. Wie der „A. P.“ meldet, hat die Zahl der Todesfälle in Wien in der letzten Februarwoche 1100 betragen, die Zahl der Geburten aber nur 153. Keine Stadt Europas sei eine gleich unglückliche Statistik.

Frankreich.

Frankreich und der Völkerverbund. Die Regierung brachte bei der Kammer einen Gesetzesentwurf über die Wiederherstellung der Beziehungen zum Völkerverbund ein. Der Entwurf verlangt die Gründung eines Komitees für die Erreichung einer Verständigung mit dem Völkerverbund, die durch höhere nationale Interessen vollkommen gerechtfertigt ist. Diese Maßnahme wird in seiner Weise das Gesetz über die Landesverteidigung und die Trennung von Staat und Kirche betreffen, die unantastbar, aber ernste Fragen sind, die in dem verhandelt werden sollen. Die Regierung hat sich von Frankreich, bei den Verhandlungen, um denen auch nichtstaatliche Mächte teilnehmen, nicht erheben zu lassen.

Dienstbotensteuer. Der Pariser Gemeinderat nahm einen Antrag an, wonach die Steuer für Dienstboten öffentlicher Nationalität zu sein, für Dienstboten aus neutralen Staaten vermindert, für Nichtbürger aus feindlichen Ländern zu fünfzig Prozent zu sein. Der Vorschlag ist schließlich gemacht.

Tschecho-Slowakei.

Die Dienstbotensteuer. Der Ausschuss hat das Gesetz angenommen. Es wurde die monatliche Dienstbotensteuer mit Zustimmung zum Beschluß erhoben.

Südamerika.

Brasilien und Bolivien. Die bolivianische Regierung antwortete auf die Forderungen des peruanischen Präsidenten des Völkerverbundes, daß sie plane, ein Recht auf den Hafen von Arica zu haben, weil dieser viel zur Entwicklung des Landes beitragen könne. Der peruanische Minister antwortete mit der Bedingung an Bolivien, seine gegenwärtige Haltung zu ändern.

Wiesbadener Nachrichten.

Verleihung von Dienstauszeichnungen.

Die Verleihungsgesetze Wiesbaden bietet uns, auf die diesen einsehender Aufsatz folgendes zu veröffentlichen: Nach Beschluß des Reichswehrministeriums vom 21. November 1919 werden die folgenden Auszeichnungen für militärische Dienste wieder verliehen: 1. Das Dienstauszeichnungskreuz an alle Heeresangehörige nach 25jähriger aktiver Dienstzeit. 2. Das Dienstauszeichnungskreuz 3. Klasse an die Personen des Soldatenstandes dem Heeresdienst abwärts nach 9, 12 und 15jähriger aktiver Dienstzeit. 3. Das Landwehrdienstauszeichnungskreuz 1. Klasse an Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Beamte in Offiziersrang des Verleihungsstandes nach 20jähriger freiwilliger Dienstzeit im Heere und in der Landwehr. 4. Das Landwehrdienstauszeichnungskreuz 2. Klasse an alle Angehörigen des Verleihungsstandes nach vorwurfsfrei erfüllter gesetzlicher Dienstzeit in der Reserve und Landwehr. 1.

Kriegsdienstzeit. Die Verleihung des Dienstauszeichnungskreuzes und der Dienstauszeichnungen als aktive Dienstzeit. Aus der Summe der früheren aktiven Dienstzeit der Abwesenheit und der Kriegsdienstzeit unter Einwirkung stehender Kriegsdienst ergibt sich, auf welche Dienstauszeichnung ein Anspruch besteht. Ausreichend ausgeübter Heeresangehöriger leben wieder auf, falls diese im Krieg im Heeresdienst erneut verwendet sind.

Auf das Dienstauszeichnungskreuz haben keinen Anspruch diejenigen Beamten, Unterbeamten und Personen des Soldatenstandes vom Heeresdienst abwärts des Heeres, die vor dem 16. August 1914 ausgeschieden sind und im Krieg keine Wiederverwendung fanden, weil diesen Dienstauszeichnungen erst am 16. August 1914 überhaupt der Anspruch auf das Dienstauszeichnungskreuz zugekannt ist. Zum Offizier oder Beamten mit Offiziersrang beförderten Personen des Soldatenstandes vom Heeresdienst abwärts können die bereits vor der Beförderung erworbenen Dienstauszeichnungen nachträglich zuerkannt werden. Kriegsjahre und Auslandsaufenthalt in deutschen Diensten zählen bei Berechnung der Dienstzeit doppelt, die Zeit der unverschuldeten Gefangenschaft wird als Dienstzeit anzurechnen.

Die Ansprüche auf die Landwehrdienstauszeichnung sind nur imoweit begründet, als die erforderliche Dienstzeit bis August 1914 erfüllt war. Bei Verleihung der höheren Klasse (einschl. Landwehrdienstauszeichnung) wird die niedere Klasse der Dienstauszeichnung abgezogen. Neben der Dienstauszeichnung zu 1. oder 2. werden die Auszeichnungen zu 3. oder 4. nicht verliehen.

Die Verleihung der Dienstauszeichnung an bereits entlassene Heeresangehörige erfolgt nur auf eigenen Antrag. Anträge auf Verleihung sind beim zuständigen Bezirkskommando (Verleihungsstelle) unter genauer Angabe der militärischen Verhältnisse des Antragstellers zu stellen. Erfolgt diese Antragstellung nicht bis zum 1. April 1920, unterbleibt die Verleihung. Auf spätere Eingaben wird Antwort nicht erteilt. Dieser Termin gilt auch für die bis zum 1. August 1919 zurückgeführten Kriegsdienstangehörigen; für später Zurückkehrende ist Schluss für die Einreichung der Anträge 8 Monate nach Eintriften des letzten Kriegsdienstausweisungsbeschlusses in der Heimat.

Die nächste Stadtratsversammlung am Freitag, den 19. März, folgende Tagesordnungspunkte auf: Beschaffung einer autonomen Feuerwehr für die Feuerwehr.

Stadt liegenden wunderbaren Waldungen und lehrten erst abends zu später Stunde, voll des Schönen, in ihr Hotel zurück.

Zu einem Besuch des berühmten Opernhauses konnten sie sich noch nicht entschließen, dazu lag der kleine Junge doch noch zu kurz unter der Erde. So ging es denn wenige Tage später weiter nach Soden, das in einer halben Stunde mit der Bahn zu erreichen war. Hier fanden sie die kleine, in einem herrlichen Garten gelegene Villa schon von der Dienerschaft instandgesetzt, und schnell fühlten sich die beiden Damen wohl auf dem schönen Fleckchen Erde.

Auch Doris Gesundheitszustand machte gute Fortschritte.

Bald wollte sie nicht mehr in ihrem bequemen Liegewagen im Garten herumfahren werden, sie verlangte wieder selbst marschieren zu lernen.

Und wirklich es ging!

So sah Hedda mit frohem Mutterherzen, daß das Kindes Wange sich röseten, und daß ihr die Wädel sowie die Heilquelle, die sie täglich trank, außerordentlich gut bekamen. Schon lief die Kleine wieder froh in dem großen Garten umher und zeigte ihrer Lieblingspuppe, die sie nicht von den Armen ließ, die ersten Schneeglöckchen und Beilichen, die dem Licht entgegenbrachten.

Erregt kam sie eines Tages aus dem Garten zurück auf die Terrasse, wo die Damen, mit leichten Handarbeiten beschäftigt, in der Sonne im Freien saßen. „Mama“, rief sie schon von weitem, da hinten im Garten ist ein Wolf, Anna (das war die Puppe) hat sich entsetzlich gefürchtet, und da bin ich hierher gelaufen!“

„Dummes“, lachte Sylvia, „wo soll denn das Unheil herkommen?“

„Durch die Hecke“, versicherte Doris, „direkt aus dem Walde, der Jäger war auch dabei, Tante Sylvia!“

„Komm“, sagte diese, „den Wolf mag ich mir auch ansehen“, und sie sah das Kind bei der Hand und

ging mit ihm in den hinteren Teil des Gartens. Schon lachte sie grollte Pflanze und sah beim Naderkommen einen großen, schönen Neuzüchter jügend an den hohen Beeren hin- und herlaufen.

„Herrchen, das ist ein Hund und sogar ein prächtiger“, sagte sie zu dem ängstlich zurückweichenden Kind. „Komm nur mit, wir wollen ihm zeigen, wie er wieder hinauskommt.“

Und sie zog die Kleine mit sich und lockte den Hund heran, der schwanzwedelnd herbeisprang, aber doch immer wieder unruhig nach dem Zaun hindrängte. Sylvia fand mit raschem Blick die Stelle, wo das Tier sich den Weg durch die Hecke gebahnt hatte. Hier waren Holzstämmchen zerbrochen und das Erdreich aufgewühlt, gerade da, wo man eine freie Durchsicht über die Hecke in den angrenzenden, parkähnlichen Garten hatte.

Dorthin rief Sylvia den Hund, und schnell war dieser in der Zaunlücke verschwunden.

„Schönen Dank!“, sagte da eine Männerstimme in ihrer Nähe, und ausblinzelnd sah sie einen Herrn in grüner Ledersoppe und ebensolchem Hut, den er jetzt grübelnd zog. „Verzeihen Sie, bitte! Das Tier stellte sich heute maglos dumm an, sonst ist es gar nicht so. Ich glaube, das kleine Hündchen hat sich sehr erschreckt.“

Er trat dicht an die Hecke heran und schaute zu Doris hinüber, die, mit ihrem Würdchen im Arm, noch immer verängstigt dastand und mit blaffen Lippen zu lächeln versuchte.

Sylvia neigte leicht den schönen Kopf.

„Die Kleine hielt den Eindringling für einen Wolf“, gab sie freundlich zurück.

„Das kam wohl durch keinen Namen, mit dem ich ihn rief“, sagte der Fremde, „ebenfalls hat Wolf, der wohl auf Jagd hinter einem kleinen Jagdier her war, das Gastrecht verlegt, und wird sich morgen, wenn es die gnädige Frau erlaubt, bei dem kleinen Fräulein entschuldigen.“

„Aber das ist ja gar nicht nötig“, sagte Sylvia lebenswürdig

Christiana Scholz

(10. Fortsetzung) Nachdruck verboten.

Im Spiel des Lebens.

Roman von Hanns Herget (Wiesbaden).

„Du, meine liebe Trösterin“, sagte Hedda weh, „mögest du recht haben.“ Und bittend setzte sie hinzu: „Nicht wahr, ich darf zu dir du sagen, das „Eie“ ist mir zu kalt für meine liebste Freundin.“

„Gewiß, dürfen Sie“, sagte Sylvia, und ein Rot der Freude huschte über ihr Gesicht.

„Gewiß darfst du“, forgierte Hedda, „so heißt es jetzt, unser Bund ist auf Gegenseitigkeit gegründet, und nun lässe mich, Sylvia!“

Und das Mädchen drückte seine jungen Lippen auf den Mund der blaffen Frau.

Dann war es Frühling geworden!

Der Arzt wünschte Luftveränderung für Mutter und Kind und schlug einen Aufenthalt in dem schön und gesund gelegenen Bad Soden im Taunus vor.

Sofort setzte sich Sylvia, die nun dem Haus ganz allein vorstand, und unter deren Leitung sich alles tadellos abspielte, mit einem ihr dort von dem Arzt empfohlenen Villenbesitzer in Verbindung, und eine Woche später konnte sie die Abreise gemacht werden.

Die Köchin wurde in Friedrichs Begleitung vorausgeschickt, und die Damen fuhren mit dem noch sehr jungen Kinde und der alten Wartin langsam hinterdrein. In Frankfurt wurde eine längere Rast gemacht, da Doris, die von der Eisenbahnfahrt sehr angegriffen war, dringend einige Tage der Ruhe bedurfte. Da konnten die Damen denn, die beide die schöne Stadt nur auf ihren Reisen nach dem Süden passiert hatten und sie nicht weiter kannten, dort alles Sehenswerte besichtigen.

Stundenlang auch fuhren sie in den neuen Teilen der Kurstadt umher, beschäftigten den einzig in der Welt dastehenden Palmengarten und die nahe der

Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschulen sowie die städtischen höheren Schulen, Erhöhung der Gebühren für die städtische Schloßhof- und Viehhofanlage...

Die Kreisbauernversammlung. Am Samstagabend fand im großen Saal des katholischen Gefellenhauses eine außerordentlich hoch besuchte Bauernversammlung statt.

Die Kriegsgefangenen aus Frankreich alle zurückkehrt. Die Reichsjustizstelle für Kriegs- und Zivilangelegenheiten in Berlin gibt bekannt: Nachdem auch der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich im allgemeinen als abgeschlossen angesehen ist...

Ohne Gehalt zum Altar. Das Fortschreiten des Gedrucks, des für die Geb- und Egonenspendatoren gleich bedeutungsvollen Abrechnungsbuchs...

Der Geschäftsvorstand der Rindfleisch mit ihren Lieferanten. Von schreibt uns: Die neuen Zahlungsbedingungen der Lieferanten sind eine Quelle häufiger Unzufriedenheit für die Käufer...

Anträge angelegentlich Ausübung in danach verständlich und das Publikum wird sich lieber wohl über aber auch dann abfinden müssen. Die Frauenerwerbsgemeinschaft hat an den Mitgliedern folgende Aufschlüsselung erbracht...

Legung der mittleren Reichspol- und Telegraphenbeamten. Die von nahezu 300 Beamten auf allen Teilen des Reichs auch an den belagerten Gebieten, beabsichtigte Legung beschäftigte sich am ersten Verhandlungstage am 9. März nach Entzifferung des Geschäftsberichts für 1918/19 in der Hauptfrage mit der das gesamte Reichspersonal schon seit Monaten auf tiefste bewegenden Frage der Personal- und Beförderungserform...

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes. Hand- und Sack-Theater. Die literarische Gesellschaft teilt hierdurch allen Mitglidern mit, daß eine Wiederholung ihrer Hand- und Sack-Theater für die nächste Zeit in bestimmte Rücksicht genommen ist...

Aus dem Landkreis Wiesbaden. X Wallon, 12. März. Die bisrige Pfarrstelle, die seit dem letzten Jahre verwaist war, wird nunmehr wieder besetzt. Von den Bewerberinnen, die in der ersten Probeprüfung bestanden, wurde Herr Pastor Paul, ein Wiesbadener Kind und hiesiger als Diakonspastor im hiesigen Kirchlein, von der hiesigen Gemeinde gewählt...

Sport. Der Rahlroßklub 1907 Wiesbaden veranstaltete am Sonntag, den 14. März, sein erstes Rennen „Rund um Altenstadt“ für Amateure, die noch keinen Preis im Rennen errungen haben...

Bermischtes. Das Ende der Halberstädter Kavalier. Die Neuordnung des Reichsarmee hat auch das Ende der berühmten Halberstädter Kavalier im Gefolge gehabt. Ihre letzte Schwadron verließ diese Tage unter großen Kundgebungen der Halberstädter Bürgerschaft die Festung Altona der Seeburg-Kasernen und wurde am Abend umgezogen nach ihrer neuen Garnison Torgau über, wo sie zum Reiterregiment 10 tritt...

Die dem neuen Regiment am 8. April 1915 verliehene Standarte war die frühere Standarte der Preussischen Kaiserjäger und die letzte unter 1722 von dem Namenszug Friedrich Wilhelm I. machten sie zu einem der berühmtesten Heerzeichen der Kaiser...

Handelsteil. Banken und Geldmarkt.

Frankfurter Hypothekbank. Der Hypothekbestand ermäßigte sich im Jahre 1919 von 520.064.250 M. auf 520.127.807 M. Trotzdem erbrachten die Hypothekzinsen mehr als im Geschäftsjahre 1918, nämlich 23.945.308 M. (22.065.570 M.). Der Pfandbriefumsatz hat eine Abnahme auf 519.405.200 M. (524.153.000 M.) erfahren...

Industrie und Handel.

Preisrückgang beim Stahlwerksverband. Der Stahlwerksverband teilt durch Rundschreiben mit, daß mit Wirkung vom 1. März infolge der erhöhten Kohlenpreise und der Erhöhung der übrigen Gesteinskosten für sämtliches Material eine Preiserhöhung von 65 M. auf die bisherigen Verkaufspreise eintritt...

Die deutsche Leinenweberei und der deutsche Flachsbau. Trotz aller Erfolge, die der Anbau von Flach in Deutschland bisher gezeitigt hat, konnten die Ernten auch nicht annähernd, um die deutsche Leinenindustrie ausreichend mit Rohstoffen zu versorgen...

Die deutsche Kaufmannschaft in Italien. Eine englische Zeitschrift teilt mitteilend mit, daß für die im April stattfindende Messe in Mailand bereits mehr als 400 deutsche Kaufleute Stände angefordert haben, während sich nur sehr wenige englische Fabrikanten gemeldet haben...

Alkaliwerke Nonnenberg. A.-G. Die Verwaltung schlägt 15 Proz. Dividende und 10 Proz. Bonus (i. V. 8 Proz. ohne Bonus) vor.

Deutsche Petroleum-A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß, für das Geschäftsjahr 1918/19 eine Dividende von 8 Proz. (wie in den Vorjahren) vorzuschlagen.

Wettervoraussage für Dienstag, 16. März 1920. von der Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Meist bedeckt, mehrfacher Regen, südwestliche Winde.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Günther; für den Unterhaltungsteil: G. v. Rosenfeld; für den lokalen und provinziellen Teil und Geschäftsamt: W. G. für den Handels- und Gewerbe-Teil und Redaktionen: G. v. Rosenfeld, in Wiesbaden. Druck u. Verlag der S. G. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden. Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Jeder Hausbesitzer muß Mitglied des Haus- und Grundbesitzer-Vereins sein. F 354. Anmeldung durch Postkarte an die Direktion, Luisenstraße 19.

Ondulation Kopfwaschen — Maniküre. L. Siebald. Spezial-Damen-Salon. Eltviller Str. 2 Part. Eltviller Str. 2 Part.

Tapeten! Habe grosse Vorräte in allen Preislagen. Hermann Stenzel, Schulgasse 6. Dunkel-eichen Parkett und Kredenz verschiedene schöne aparte Stühle empfehlen noch zu vortheilhaftem Preis. Gebrüder Belcher, Dranienstraße 6.

Paul Rehm Zahn-Praxis Friedrichstrasse 50, 1. Zahnschmerzbehandlung, Zahnziehen, Nervtöten, Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahnersatz in div. Ausführungen u. a. m. Sprechst. 9-6 Uhr. — Telefon 3118. DENTIST DES WIESBAD. BEAMTEN-VEREINS. Kriegsbeschädigte Sonderbedingungen.

Uebersee-Pauchtabak, reine Ware, eingetroffen, Pfundpreis Mk. 24.—, im Zentner Mk. 2400.—, Uebersee mit etwas Pflzer Mischung geröstet, Pfundpreis Mk. 24.—, im Zentner Mk. 2300.—. H. & C. Bein, Kirchgasse 22, 1. Rolläden, Jalousien Rollschukwände repariert sofort nur durch Facharbeiter. Rolläden-Werkstätte Metzger, Dammstrasse 2. Fernruf 3791.

Nur beste Friedensware erhalten Sie, wenn Sie Plantoxextract, Plantoxwürze und Plantoxwürfel verlangen. Plantox ist ein Immerfertig für die Küche, wenn es gilt, die Speisen zu kräftigen, eine Kraftbrühe herzustellen oder den Gerichten die fehlende Würzkraft zu verleihen. Erhältlich in jedem Kolonialwarengeschäft. Herstellerin: Paraguay-Fleischextract-Gesellschaft m. b. H., Hamburg-Brneuo.

Sofort greifbar! Neue Autoschläuche, alle Dimensionen, Reparierte Autodecken, fast neu, 1 Posten amerikanische Autodecken, Englischen Zahngummi. 3000 Kilo Schokolade, 5000 Kilo Stearinkerzen. Comptoir General d'Alimentation Filiale Wiesbaden, Dotzheimer Strasse 105. Telefon 5010.

